



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/82 - 8.4.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Haushaltsdebatte	S. 1
SED-Parteitag der "Stabilisierung"	S. 3
SPD und der Mittelstand	S. 5

Aufforderung zur Verleumdung

(sp) Die Beratung des Haushaltsplanes stand von vornherein unter wenig günstigen Aspekten. Schon die Tatsache, daß die Einzelberatung des 27 Milliarden DM übersteigenden und auf 29 Einzelposts aufgegliederten Haushaltsplanes in drei Sitzungstage zusammengedrängt werden sollte - ob man damit auskommt, wird sich am Freitagabend zeigen - ist bezeichnend für die bei uns vorherrschende Auffassung über Kontrollrecht und Kontrollpflicht des Parlaments gegenüber der Regierung. Die in einer wirklichen parlamentarischen Demokratie bei Haushaltsberatungen übliche eingehende Durchleuchtung der Regierungstätigkeit in allen ihren Zweigen ist bei der von der Mehrheit des zweiten Bundestages eingeführten Praxis unmöglich geworden. Neben dieser allgemeinen Feststellung sind vor allem die in die Hand des Bundeskanzlers gegebene Machtzusammenballung und die von ihm im Kampf mit der Opposition angewandten Methoden, die größte Bedenken hervorrufen müssen: Regierungschef, Außenminister, oberster Chef des Militärapparates (Dienststelle Blank) und zugleich Chef der allein mehrheitsbildenden Regierungspartei - fürwahr eine beängstigende Fülle von Macht eines einzelnen Mannes.

Diese Tatsache trat allen um die wahre Demokratie in der Bundesrepublik besorgten Kreisen am ersten Tage der Etatberatungen besonders deutlich vor Augen. Wie begründet diese Besorgnis ist, zeigte die von Dr. Adenauer zur Abwehr der gegen ihn unternommenen Angriffe geäußerte Stellungnahme. Der Bundeskanzler ließ keinen Zweifel darüber, daß er nicht gewillt ist, die in seine Hand gegebene Macht für die verfassungsmäßig vorgesehene Aufgabenteilung freizugeben, ebenso wie er mit herausfordernder Offenheit erkennen ließ, daß er trotz des für ihn so beschämenden Ausgangs der Verleumdungsklage der Sozialdemokraten Scherley und Schrotth nicht daran denkt, der bedauerlichen Verknüpfung der Ämter eines Regierungs- und Parteichefs Rechnung zu tragen und sich in der parteipolitischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie wenigstens die jeden einfachen ehrbaren Menschen verpflichtenden Schranken aufzuerlegen. Wohin soll es schließlich führen, wenn der Bundeskanzler auch gestern wieder im gleichen

Atenzuge, da er seinen Irrtum hinsichtlich einer beschämenden Ehrabschneidung zugab, neue, ebenso unerhörte wie unwahre und bereits dementierte Beschuldigungen, diesmal sogar von der Tribüne des Bundestages, gegen den antretenden Ministerpräsidenten eines deutschen Landes wiederholte? Die abschwächende Wendung "Wenn es wahr ist, was mir gesagt wurde..." unterstreicht nur die Schlüpfriegerkeit seiner politischen Kampfweise in so beschämender Deutlichkeit, daß selbst der daraufhin erfolgte Zuruf "Das ist eine halbe Verleumdung" nicht als ausreichend für die Charakterisierung dieser Methoden angesehen werden kann. Wenn Dr. Adenauer erklärte, daß sein Auftreten und Reden im Wahlkampf (wozu ja vor allem leichtfertiges Verhalten im Fall Schroth-Scharley gehört), die SPD eine Million Stimmen gekostet habe, mache ihn froh und wenn er der Opposition empfahl, seine Methoden im Wahlkampf nachzuahmen, so ist das der Gipfel von Unverfrorenheit und Zynismus. Zweifellos wird der beschuldigte hessische Ministerpräsident Binn dem Bundeskanzler Gelegenheit geben, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen. Ob er aber diesmal wieder mit einer bloßen Ehrenklärung davonkommen wird, wie im Fall Schroth und Scharley, möchten wir bezweifeln.

Angesichts der engen Verknüpfung der zwei in Dr. Adenauer wohnenden Seelen - der des Partei- und des Regierungschefs - und der sich so oft wiederholenden ehrenrührigen Beschuldigungen gegen seine politischen Gegner mit nachfolgenden hohen Prozeßkosten - die dann aus der Regierungskasse, das heißt aus Steuergeldern, bezahlt werden - ist es nur verständlich, wenn die sozialdemokratische Opposition dem Geheimfonds des Bundeskanzlers, für den er niemandem als nur dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes Rechenschaft schuldig ist, und der von 5,5 auf 10 Millionen erhöht werden soll, ihre besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung nach Einsetzung eines kleinen Parlamentsausschusses für die Überwachung der Ausgaben aus diesem Fonds durch die Mehrheit des Bundestages ist ebenso bezeichnend für den in Bonn herrschenden Geist wie die Weigerung, die Erhöhung dieses Reptilienfonds auf sechs Millionen zu beschränken und den Unterschied von vier Millionen für Unterstützungszahlungen im Eisenerzbergbau zu verwenden.

+ + +

Ullrichs Ziel: Vertiefte Spaltung

Th. Alle bisherigen Parteitage der SED - der gerade abgelaufene war der vierte seit der "Gründung" im Jahre 1946 - waren immer gekennzeichnet durch den Versuch, der Öffentlichkeit eine starke Partei zu präsentieren. Man proklamierte kommende Erfolge, den wirtschaftlichen Aufstieg und den unaufhaltsamen Siegeszug der SED. Kennzeichnend für die Parteitage der SED war gleichfalls der Versuch, unter dem Wortschwall eines dogmatischen Unfehlbarkeitsanspruches von der permanenten Existenzkrise und dem eigenen Bankrott abzulenken.

Auch der vierte Parteitag stand unter diesen Vorzeichen, die Gehalt und Ton der dort gehaltenen Reden und Entschlüsse be- stimmten. In den Reden, die Ulbricht, Grotwohl, Matern, Schirdewan, Oelssner usw. auf dem Parteitag gehalten haben, klang immer wieder das Bedürfnis nach einer Selbstbestätigung einer seit dem Juniauf- stand wiedergewonnenen Stärke an. Nicht zuletzt dürfte die sowjeti- sche Souveränitäts-Erklärung, die vor dem Parteitag verkündet wur- de mit dazu bestimmt gewesen sein, die Stabilisierung des Pankower Regimes zu betonen und zu fördern.

Das politische Ziel ist der Versuch, das Regime nach dem Ban- krott vom 17. Juni 1953, wo es nur durch die sowjetischen Panzer vor den völligen Auslöschungen gerettet werden konnte, wieder zu stabili- sieren und zu einem schlagkräftigen sowjetischen Instrument zu ma- chen. Es kann darüber keinen Zweifel geben, daß nach diesem 4. Par- teitag das Pankower Regime mit verstärkter Kraft die Weiterentwick- lung der bereits vor einigen Monaten deklarierten status quo-Poli- tik betreiben wird. Die sowjetische Souveränitäts-Erklärung muß in diesem Zusammenhang als ein für die Pankower status quo-Politiker ermutigender Faktor gewertet und kann in ihren Fernwirkungen als nicht ernst genug angesehen werden. In dieser Beziehung erweist sich das Wechselspiel zwischen Bonn und Pankow in tragischer Weise als eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Eine besondere Rolle spielte auf dem SED-Parteitag der Kampf des Pankower Regimes gegen die Sozialdemokratische Partei und das Ostbüro. Man war gezwungen, sich in defensiver Form mit den sozial- demokratischen Ideen und Kampfformen auseinanderzusetzen und drohte mit neuen Repressalien und Verfolgungen. Von den Menschen der So- wjetzone werden diese Haßtiraden gegen den "Sozialdemokratismus" nur als Bestätigung für die Wirksamkeit des sozialdemokratischen Kampfes gegen das verhaßte volksfremde Regime empfunden werden. Die baldige einjährige Wiederkehr des Gedenktages vom 17. Juni wird an die Kräfte erinnern, die in den Junitagen 1953 die Massen in der Zone zum Volkskampf gegen das Regime antreten ließen.

Die Menschen in der Sowjetzone, die seit neun Jahren unter ei- nen für westliche Verhältnisse unvorstellbaren wirtschaftlichen

Konstant und unter dem Druck der kommunistischen Terrorherrschaft leben müssen, werden die Erklärungen und Versprechungen des SED-Parteitag mit Skepsis und Mißtrauen aufnehmen. Es darf jedoch darüber keinen Zweifel geben: Mit wachsender Skepsis und mit wachsendem Mißtrauen werden die Menschen in der Sowjetzone auch prüfen, welche Kräfte in der Bundesrepublik den Kampf um die Einheit Deutschlands als die entscheidende politische Aufgabe ansehen.

Der Parteitag stand unter dem bezeichnenden Motto: "Die Stärke der Masse liegt in ihrem Zusammenschluß um die Partei". Durch eine seit dem Zusammenbruch im Juni 1953 erfolgte straffe Reorganisation der Parteikader mit Massenausschlüssen von Hunderttausenden "unzuverlässiger Elemente" hofft man, ein wieder zuverlässiges Parteinstrument in der Hand zu haben, um die DDR zu einer sicheren sowjetischen Basis auszubauen.

Welche Folgerungen ergeben sich für die Menschen in der Sowjetzone und für die Bundesrepublik aus diesem Parteitag?

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß vom Pankower Regime versucht werden wird, in Zukunft wesentliche wirtschaftliche Verbesserungen und eine Hebung des Lebensstandards in der Sowjetzone zu erreichen. Man wird sich diese Versuche einiges kosten lassen. Die Anwesenheit des Handelsministers MIKOJAN auf diesem Parteitag und seine Ratschläge und Erklärungen vor der SED erhalten in diesem Zusammenhang ihre besondere Bedeutung.

Das erklärte wirtschaftliche Ziel Pankows ist, das enorme wirtschaftliche Gefälle von West nach Ost mit Hilfe der Sowjetunion und der Satelliten abzubauen und, wie man in Pankow hofft, im Laufe der Zeit eine Attraktivität gegenüber der Bundesrepublik zu erreichen. Der Vorlauf dieses SED-Parteitag sollte in der Bundesrepublik als Warnung und Mahnung dienen und zur Verstärkung der Kräfte anspornen, die den Kampf um die Einheit Deutschlands als die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ansehen.

+ + +

Tagung Sozialdemokratischer Selbständiger

H.B. Am 10. April findet in den "Rheinterrassen" in Düsseldorf die Landes-Konferenz der Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD Nordrhein-Westfalen statt. Professor Gerhard Weisser wird über "Die Mittelschichten in Gesellschaft und Wirtschaft" sprechen. Anschließend wird der erste Vorsitzende der Bundes-Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD, Max Rübhausen, das Thema: "Die Mittelschichten und die kommenden Landtagswahlen" behandeln.

Die SPD wendet sich keineswegs erst gelegentlich der in Nordrhein-Westfalen bevorstehenden Landtagswahlen an den "Mittelstand". Ihre im vorigen Jahr auf Bundesebene zusammengeschlossenen "Arbeitsgemeinschaften selbständig Schaffender" hat sie seit 1946 aufgebaut. Fast hunderttausend selbständig Schaffende aus Handwerk, Handel, Gewerbe, den freien Berufen und der Landwirtschaft sind eingeschriebene Mitglieder der SPD.

Die "Mittelstandseindlichkeit" der SPD ist ein Märchen. Die SPD vertrat seit je die Sache der wirtschaftlich und sozial Schwachen. Und niemand wird leugnen können, daß große Teile der heutigen Mittelschichten zu den wirtschaftlich und sozial Schwachen gehören.

Der Handwerker, Gewerbetreibende, Ladeninhaber usw. sind der Eigentums- und Einkommenslage nach an die Seite der Arbeiter und Angestellten gerückt und ihr Einkommen ist weitgehend davon bestimmt, wie hoch Realeinkommen und Kaufkraft des Arbeiters und Angestellten sind. Wo Besitz und Vermögen als Grundlage der Existenz und der Altersversorgung fortgefallen sind, ergeben sich beim selbständig Erwerbstätigen die gleichen sozialen Sicherungsbedürfnisse wie beim Unselbständigen. Darum will die Sozialdemokratie auch für jene Bevölkerungsschichten Sozialversicherung schaffen.

Ein großer Teil der selbständig Schaffenden in Handwerk, Handel, Gewerbe und freien Berufen verdient heute weniger als der qualifizierte Fach- und Industriearbeiter. Nach Berechnung von Sachverständigen stehen heute mindestens 40 - 50 Prozent aller selbständig schaffenden Menschen der Mittelschichten in einem schweren wirtschaftlichen Existenzkampf. Man denke an die Hunderttausende von Einmann- und Familienbetrieben im Handwerk und Einzelhandel. Diese Kreise gehören zu den Schichten, die "von der Hand in den Mund leben" müssen, und deren Einkommen nicht mehr dem Begriff gesicherter Existenz in dem Sinne der Mittelschichten der Jahrhundertwende entspricht.

Die Wirtschaftspolitik Professor Erhard's hat vor allem der großen Industrie und dem großen Exportgeschäft geholfen. Unterstützt wurde diese Politik Erhard's durch die Steuer- und Finanzpolitik Dr. Schäffer's. Steuerreform und Exportförderung sind den Großen zugute gekommen. Die von der Regierung zur Förderung der Wirtschaft gegebenen Mittel sind an den Klein- und Mittelbetrieben vorbeigeflossen. Kreditpolitische Maßnahmen zur Förderung des mittleren Sektors der Wirtschaft blieben aus.

Die Sozialdemokratische Partei, die in ihrem Aktionsprogramm festgelegt hat, daß sie "das kleine und mittlere Privateigentum fördern" wird, verfügt für diesen Sektor über ein detailliertes Programm.

Verantwortlich: Peter Baurau